



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Die Landesregierung muss sich für die Zukunft der FSG-Nobiskrug Werften einsetzen“ (Drucksache 20/1509)

FSG-Nobiskrug: Tragfähige Konzepte entwickeln – Wertstandorte erhalten – Arbeitsplätze sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Landtag ist die schwierige Situation der Werftengruppe FSG-Nobiskrug in Flensburg und Rendsburg bewusst. Der Landtag teilt das Ziel der Landesregierung, die Wertstandorte und Arbeitsplätze zu erhalten. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung sich im engen Austausch mit den jeweiligen Akteurinnen und Akteuren befindet, um eine tragfähige Lösung zu finden. Wo sinnvoll, wird die Landesregierung aufgefordert, in Gespräche mit der Bundesregierung zu treten, um Konzepte mit dem Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze, zu entwickeln.

Der Landtag sieht aber auch die FSG-Nobiskrug-Gruppe in der Verantwortung, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört eine transparente Kommunikation gegenüber allen Beteiligten, so dass erfolgreich über die Zukunft der Werften gesprochen werden kann.

Begründung:

Die FSG-Nobiskrug Gruppe ist einer der größten industriellen Arbeitgeber im nördlichen Schleswig-Holstein. An den beiden Wertstandorten Flensburg und Rendsburg wurden bisher moderne Transportschiffe, Fähren und Luxusyachten gebaut und für weltweite Kunden ausgeliefert.

Die Koalition hat ein großes Interesse an der Sicherung der Industrieproduktion in Schleswig-Holstein und den damit verbundenen Arbeitsplätzen.

Bei dem Unternehmen werden eine Vielzahl an Bemühungen ergriffen, um die schwierige Situation zu bewältigen. Sowohl das Land als auch der Bund haben ihre Unterstützung angeboten und wirken auf eine tragfähige Lösung für alle Beteiligten hin.

Rasmus Vöge
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion